

pax christi

im Bistum Limburg

Ausgabe 1/2018 • März



Liebe Leserin, lieber Leser!

Syrien, Afghanistan, Kongo, Südsudan, Ukraine, ... Kriege und Bürgerkriege haben Hochkonjunktur, und autoritäre und/oder populistische Führer wie Erdogan, Putin, Trump, Orbán, Kaczynski, Kim Jong Un, Duterte, Xi Ping ... sind scheinbar weltweit gegenüber demokratischen Regierungen auf dem Vormarsch. Gleichzeitig wachsen die Fliehkräfte. Gegenwärtig erlebt die EU ihre vielleicht tief greifendste Krise. Und Deutschland? Außen- und Friedenspolitik spielen bei den Koalitionsverhandlungen – wenn überhaupt – nur eine Nebenrolle. Irgendeine konsistente Außenpolitik, die sich an Werten und Auftrag des Grundgesetzes orientiert, sucht man vergebens. Welche Interessen sind für das außenpolitische Handeln Deutschlands und Europas eigentlich maßgebend? Wer definiert sie? Drückt das Verhalten gegenüber Russland, der Türkei, den USA ... eher Hilfslosigkeit aus? Oder geht es letztlich doch nur um die Wahrung der Interessen der deutschen Exportwirtschaft?

Es wird höchste Zeit, wieder eine gesellschaftliche Debatte über die deutsche und europäische Außen- und Sicherheitspolitik, über den friedenspolitischen Auftrag des Grundgesetzes und die Rolle der EU in der Welt zu führen. Was sollen die Werte, die handlungsleitenden Interessen sein, und wie können wir zivile Konfliktbearbeitung, gerechte Lebenschancen, demokratische Teilhabe und Umweltgerechtigkeit befördern?

Das sollte auch ein Auftrag für eine christliche Friedensbewegung wie pax christi sein. Mit befreienden österlichen Grüßen

Thomas Meinhardt
Vorsitzender von pax christi
im Bistum Limburg



Friedenspolitik nicht in Sicht – im Gegenteil

Zur Außen- und Sicherheitspolitik der GROKO

Der neue Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD schreibt die Außen- und Sicherheitspolitik (ASP) der schwarz-roten Vorgängerregierung weitgehend fort. Ob Russland-Sanktionen, Auslandseinsätze der Bundeswehr oder das Verhältnis zur Türkei: Union und SPD setzen auf Kontinuität.

Allerdings gibt es einige Veränderungen im Bereich militärischer Instrumente und Planungen, die die deutsche ASP noch weiter von einer friedensfördernden Politik mit zivilen Instrumenten entfernen. Die SPD hat keines ihrer friedens-, abrüstungs- und rüstungskontrollpolitischen Versprechen aus ihrem Wahlprogramm durchgesetzt. Mehr noch: Zwischen dem Ergebnis der schwarz-roten Sondierungsgespräche vom 7. Februar und dem endgültigen Koalitionsvertrag sind auffällige Verschlechterungen feststellbar, für

die keineswegs nur die CDU/CSU verantwortlich ist.

Am deutlichsten wird das beim Thema Rüstungsexport. In den Sondierungen hatte die SPD noch einen sofortigen Stopp von Rüstungslieferungen in Länder durchgesetzt, die am Jemen-Krieg beteiligt und somit mitverantwortlich sind für eine der fürchterlichsten humanitären Katastrophen der Gegenwart. Davon betroffen wäre vor allem Saudi-Arabien, seit Jahren einer der größten Empfänger deutscher Waffen. Doch in den Koalitionsverhandlungen meldeten hierzu nicht nur Vertreter der Union, sondern auch Manuela Schwesig, stellvertretende SPD-Bundesvorsitzende und Ministerpräsidentin von Mecklenburg-Vorpommern, Vorbehalte an. Die Peene-Werft in Wolgast will weitere 33 Patrouillenboote nach Saudi-Arabien liefern.

Schwesig wollte den Großauftrag nicht gefährden, obwohl es Berichte über den Einsatz bereits gelieferter Boote im Jemen-Krieg gibt. Dort blockiert Saudi-Arabien Schiffs- und Flughäfen und damit auch die Einfuhr von Nahrungsmitteln und Medikamenten. Am Ende wurde der Exportstopp um eine wesentliche Ausnahmeregelung ergänzt: einen Bestandsschutz für bereits angelaufene Rüstungsgeschäfte, sofern nachgewiesen werde, dass die Lieferungen ausschließlich im Empfängerland verbleiben – eine Bedingung, die bisher noch keine Bundesregierung je kontrollieren konnte oder wollte.

Kleinwaffen sollen zukünftig zwar »grundsätzlich nicht mehr in Drittländer exportiert werden«, also nicht mehr in Staaten, die nicht zur NATO gehören oder diesen gleichgestellt sind. Die Formulierung »grundsätzlich« bedeutet jedoch immer, dass Ausnahmen möglich sind. Und solche »Ausnahmen« konnten bisher durchaus auch mal mehr als 50 Prozent der gesamten Exporte umfassen.

Auch bei aus friedenspolitischer Sicht besonders fragwürdigen Beschaffungsprojekten für die Bundeswehr brach die SPD ihre Wahlversprechen. In ihrem Wahlprogramm hatte die SPD beispielsweise die Beschaffung von Kampfdrohnen noch abgelehnt. Im Koalitionsvertrag heißt es nur noch, die Bundesregierung werde »alle damit im Zusammenhang stehenden völker- und verfassungsrechtlichen, sicherheitspolitischen und ethischen Fragen sorgfältig prüfen«.

RÜSTUNGSEXPORTE, KAMPFROBOTER, MILITÄRAUSGABEN: »ALLES GEHT AUFWÄRTS!«

Beim Thema »Militärausgaben« erzielte die SPD einen eher kosmetischen Erfolg, der sich aber schon bald als Pyrrhussieg erweisen könnte. Im Wahlkampf hatte die SPD noch mit ihrer Kritik an einer »Aufrüstung« Deutschlands zu punkten versucht, obwohl sie diese

als Koalitionspartner der Jahre 2013–2017 mitbeschlossen hatte. Der damalige SPD-Chef und Spitzenkandidat Martin Schulz sowie Außenminister Sigmar Gabriel kritisierten das 2014 von den 28 NATO-Staaten einstimmig vereinbarte und auf den Gipfeltreffen 2015 und 2016 jeweils ausdrücklich bekräftigte Ziel, ihre Militäretats bis 2024 auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts anzuheben. Sie bezeichneten das Zwei-Prozentziel fälschlicherweise als einseitige Forderung der USA an ihre NATO-Partner und kündigten an, es nach einem Wahlsieg zu kippen. Doch bereits in den Sondierungsgesprächen bestanden die Sozialdemokraten nicht mehr auf dieser Position. Sie setzten lediglich durch, das die Zahl »2 Prozent« im Koalitionsvertrag nicht ausdrücklich genannt wird. Vereinbart wurde allerdings, dass »Deutschland dem Zielkorridor der Vereinbarungen in der NATO folgen« werde. An anderer Stelle heißt es: »Wir wollen die vereinbarten NATO-Fähigkeitsziele erreichen und Fähigkeitslücken schließen.« Damit bekennen sich Union und SPD zum Zwei-Prozent-Ziel der NATO, ohne es explizit zu erwähnen.

Zudem verständigten sich Union und SPD darauf, die Verteidigungsausgaben nur im gleichen Maß (»im Verhältnis eins zu eins«) zu erhöhen, wie die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit, humanitäre Hilfe und Krisenprävention. Im Klartext bedeutet dies: Sollten die Ausgaben für Entwicklungshilfe, wie bereits 1977 im Rahmen der UN vereinbart, endlich auf 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) erhöht werden, würde dies zu einer starken Erhöhung der Militärausgaben – über das Zwei-Prozent-Ziel hinaus – führen.

Deutlicher noch als der Koalitionsvertrag von 2013 redet das Regierungsprogramm der neuen GroKo einer Militarisierung der europäischen Außenpolitik das Wort. Basis hierfür ist die im letzten Jahr von den EU-Mitglie-

dern vereinbarte »ständige strukturierte Zusammenarbeit« (PESCO) im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Zwar werden zu Beginn des entsprechenden Kapitels auch noch zivile Instrumente kurz erwähnt: »Wir wollen eine Europäische Union, die (...) in der globalisierten Welt unsere Interessen wahrt und mit unseren Werten überzeugt. Hierzu braucht sie eine kraftvolle gemeinsame Außen-, Sicherheits-, Verteidigungs- und Entwicklungspolitik, die weit intensiver als bisher mit einer Stimme spricht und mit gut ausgestatteten und aufeinander abgestimmten zivilen und militärischen Instrumenten arbeitet.«

DIE EU: VOM FRIEDENSPROJEKT ZUR MILITÄRISCHEN GROSSMACHT?

Doch wenn es konkret wird, geht es fast nur noch um militärische Instrumente, Fähigkeiten und Ressourcen: »Wir werden die Europäische Verteidigungsunion mit Leben füllen. Dabei werden wir die in die PESCO eingebrachten Projekte vorantreiben und das neue Instrument des Europäischen Verteidigungsfonds nutzen. Wir setzen uns für ein angemessen ausgestattetes Hauptquartier der EU zur Führung der zivilen und militärischen Missionen ein. (...) Wir werden weitere Schritte auf dem Weg zu einer »Armee der Europäer« unternehmen.« Mittels dieser militärischen Fähigkeiten soll die EU künftig eine »weltpolitische« und »geostrategische« Rolle spielen, wie die Minister Gabriel und von der Leyen unisono mit EU-Kommissionschef Juncker sowie den Regierungschefs Frankreichs und Großbritanniens Mitte Februar auf der Münchner »Sicherheitskonferenz« forderten.

Es zeichnet sich ab, dass im innenpolitischen Diskurs der nächsten Jahre Beschaffungsvorhaben der Bundeswehr, die Erhöhung der Militärausgaben sowie neue Auslandseinsätze deutscher Soldaten zunehmend mit der angeblichen »Verpflichtung« Deutschlands begründet werden, bei dieser »Weltpolitik« der EU eine aktive oder gar führende Rolle zu spielen.

Andreas Zumach
ist UN-Korrespondent für verschiedene Tageszeitungen, Rundfunk- und Fernsehanstalten in Genf und seit vielen Jahren in der Friedensbewegung aktiv.



Weltfriedenstag in Offenbach

Die zentrale Veranstaltung zum Weltfriedenstag 2018 im Bistum Mainz wurde, wie in jedem Jahr, von pax christi ausgerichtet. Dieses Mal zum Thema »Migranten und Flüchtlinge: Menschen auf der Suche nach Frieden« am 28. Januar in Offenbach. Im Festgottesdienst berichtete der Mainzer Weihbischof Dr. Udo Markus Benz von seiner kürzlich erfolgten Reise nach Israel/Palästina. Insbesondere die erschreckende Perspektivlosigkeit der jungen Menschen, die er im Gaza-Streifen getroffen hatte, und ihr Hunger nach Frieden haben ihn offensichtlich sehr berührt.

Im Anschluss hatte die pax christi Gruppe Offenbach zu einem von Barbara Hoffmann-Neeb moderierten Podiumsgespräch mit Vertretern unterschiedlicher Gruppen eingeladen, die sich vor Ort für ein Leben in Frieden und Gerechtigkeit einsetzen.

Dabei wurde deutlich, wie groß die Übereinstimmung in ihrer Grundhaltung ist und wie sinnvoll die ganz unterschiedlichen Kompetenzen und Erfahrungen zusammenwirken können, wenn man sich vernetzt. Joaquim Nunes von der Portugiesischen Gemeinde erzählte davon, was Migranten für die Gesellschaft tun können.

Franz Nadler vom Verein »Connection« erläuterte, wie wichtig es sei zu erreichen, dass Kriegsdienstverweigerung und Desertation als Gründe für Asyl anerkannt werden. Und Günter Burkart vom Netzwerk attac erklärte, warum der Kampf seiner Organisation der neoliberalen Globalisierung gilt, nicht der Globalisierung an sich.

Für pax christi stellte Michael Preis die »Aktion Aufschrei« vor und für die NaturFreunde Johannes Borst-Rachor das Aktionsbündnis »bunt statt braun«.

Gott ist immer GRÖßSER



Ein seltsames Foto habe ich da aufgenommen – können Sie etwas erkennen, oder kommt Ihnen das eher kryptisch vor? Vielleicht erkennen Sie am unteren Bildrand einen Sportschuh und ahnen eine kurze Hose. Tatsächlich handelt es sich um Maximilian, den ich im letzten Sommer in Taizé traf. Er zeigte mir die Innenseite seines rechten Handgelenks. Ganz bewusst hat er diese Tätowierung an diese empfindliche Stelle stechen lassen – nämlich am Puls, wo das Blut pocht. Sie ist so gestochen, dass er die Schrift lesen kann – für uns als Gegenüber steht sie auf dem Kopf.

Jetzt wird es schon deutlicher: Es ist wie eine geheimnisvolle mathematische Formel, auf die er angesprochen werden will, um von seinem Glauben Zeugnis abzulegen und sich selbst an sein Credo erinnern zu lassen – denn das Tattoo geht ja nicht einfach wieder weg. »G>ΛV« soll man erkennen können als die Zusammenfassung von »Gott ist größer als meine Höhen und Tiefen«.

Das hat mich beeindruckt und mir sehr gefallen: Ein junger Christ, der diese Erfahrung gemacht hat und sie teilen möchte. Er möchte sich daran festhalten, woran auch wir uns festmachen wollen: Gott ist immer größer – egal, was wir alles schaffen und erleben mögen. Das kann uns eine Anregung sein, bei unseren Friedensgedanken Gott als den immer Größeren in unseren mehr oder weniger gelungenen Einsätzen zu erkennen. Es kann uns motivieren, auf originelle Weise selbst Zeugnis abzulegen – auf dass auch wir angesprochen werden auf unseren Glauben an den Frieden liebenden und Frieden stiftenden Gott.

So wünsche ich uns allen eine gesegnete Osterzeit, in der uns und der Welt wieder Gottes befreiende Tat offenbar werden soll!

Pfarrer Christian Enke
ist Gehörlosenseelsorger im Bistum Limburg, Kooperator
in der neuen Pfarrei St. Margareta in Frankfurt
und seit vielen Jahren bei pax christi aktiv.

Türkei/Kurdistan

Präsident Erdogan: Völkerrechtsbruch ohne Konsequenzen?

Die Armee des NATO-Partners Türkei marschiert offensichtlich völkerrechtswidrig in Syrien ein und führt Krieg gegen die kurdische YPG-Miliz und die kurdische Zivilbevölkerung. Zur Erinnerung: Die YPG-Miliz ist der engste Verbündete der USA im Kampf gegen den IS. Bis vor wenigen Wochen haben sie als »Bodentruppen« einer US-geführten Allianz und auch mit Wohlwollen Russlands und der EU den IS in Syrien weitgehend besiegt. Trotzdem herrscht jetzt Schweigen oder wird nur vorsichtig Kritik geübt in Washington, Moskau, Brüssel und Berlin. Die Bundesregierung kündigte zumindest einen Stopp aller Rüstungslieferungen an die Türkei an. Nun musste sie öffentlich zugeben, dass dies eine Irreführung war. Stattdessen genehmigte der Bundessicherheitsrat weiterhin Rüstungslieferungen in Millionenhöhe in den letzten zwei Monaten. Was steckt hinter dem türkischen Einmarsch in Syrien, und warum sind EU und NATO so zögerlich gegenüber Präsident Erdogan? Das fragen wir den Nahost-Experten Clemens Ronnefeldt, Friedensreferent beim deutschen Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes.

Was sind die Motive hinter dem Einmarsch türkischer Truppen in Nordsyrien?

Präsident Erdogan hat den Einmarsch in Syrien mehrfach offiziell damit begründet, eine geplante 30 Kilometer tiefe Pufferzone entlang der türkisch-syrischen Grenze den »wahren Besitzern« zurückgeben zu wollen. Er meint damit syrische Flüchtlinge, die derzeit noch in der Türkei leben. Er wirft der dort mehrheitlich lebenden kurdischen Bevölkerung vor, die turkmenische Minderheit, als dessen Schutzherr er sich sieht, zu vertreiben.

Das wesentlich gewichtigere Motiv dürfte sein, den Funken der Selbstverwaltung – die kurdische Bevölkerung hat sowohl im Irak als auch in Syrien weitgehende Selbstverwaltungsstrukturen aufgebaut – nicht auf das türkische Territorium überspringen zu lassen.



Im März 2016 zerstörte die türkische Armee in Cizre in der Osttürkei ein ganzes Stadtviertel bei Kämpfen mit kurdischen Jugendlichen und PKK-Anhängern.

Im Südosten der Türkei selbst wurden seit Ende des türkisch-kurdischen Friedensprozesses mehr als eine halbe Million Menschen aus mehrheitlich kurdisch bewohnten Städten nach massiven Zerstörungen vertrieben.

Der Einmarsch in Syrien lenkt von innenpolitischen Problemen wie Wirtschaftsstagnation, Inflation und einem Anstieg der Arbeitslosigkeit ab, ermöglicht Präsident Erdogan, den Anspruch der Türkei als Regionalmacht zu untermauern – und sich selbst als starke Führungspersönlichkeit zu profilieren.

Warum hat ein solches militärisches Abenteuer offensichtlich einen so breiten Rückhalt in der türkischen Bevölkerung?

Nach dem gescheiterten Putsch ging Präsident Erdogan massiv gegen kritische Medien vor. So ist die Bevölkerung seit längerem fast ausschließlich der Regierungspropaganda ausgesetzt. Diese schürt Ängste, indem die PKK ebenso wie die syrischen YPG-Milizen als Terroristen dargestellt werden, die die Sicherheit der Türkei bedrohen. Es gab in den letzten beiden Jahren mehrere verheerende Anschläge sowohl in Ankara als auch in Istanbul, denen mehrere Dutzend Menschen zum Opfer gefallen sind – und die teilweise der PKK angelastet werden.

Die türkische Bevölkerung hat den vor allem Präsident Erdogan zugeschriebenen langen wirtschaftlichen Aufschwung von 2002 bis 2012 nicht vergessen, als das Bruttoinlandsprodukt jährlich im Schnitt um rund zehn Prozent wuchs und damit vielen Menschen einen kleinen Wohlstand brachte.

Zudem: Zahlreichen türkischen Menschen imponiert, wie ihr Präsident den Großmächten die Stirn bietet. Damit konnte er eine nationale Kriegseuphorie auslösen, die vor allem bei der Hälfte der Bevölkerung verfangt, die seinem Präsidialsystem zugestimmt hat.

Der kaum bestreitbare Bruch des Völkerrechts hat kaum Konsequenzen. Sind die NATO-Mitgliedschaft der Türkei und der »Flüchtlingsdeal« wirklich so relevant, dass EU, USA und selbst Russland sich das Wohlwollen Erdogans nicht verschern wollen?

Die Balkanroute ist seit langem geschlossen. Die EU bräuchte also keine Sorge bei einer Verurteilung der türkischen Invasion zu haben, dass die türkische Regierung Tausenden syrischen Flüchtlingen die Weiterreise in die EU ermöglicht. Die USA haben im syrischen Manbidsch einen ihrer Kommandeure beim öffentlichkeitswirksamen Handschlag mit einem kurdischen Kommandeur gezeigt, um

der türkischen Führung die Grenze aufzuzeigen, wie weit sie gehen kann.

Bei bisherigen Golfkriegen nutzten die USA den türkischen Luftwaffenstützpunkt Incirlik als Startbasis, auf den Washington auch künftig nicht verzichten will.

Andererseits möchte die US-Regierung ihre 2.000 bis 5.000 im syrisch-kurdischen »Rojava«-Gebiet stationierten Soldaten länger dort lassen, obwohl der sogenannte »Islamische Staat« weitgehend militärisch besiegt ist. Das neue strategische US-Ziel ist, eine schrittweise Landverbindung von Iran, Irak, Syrien bis zur Hizbollah im Libanon zu verhindern. Konkret sollen z. B. iranische Waffentransporte an die Hizbollah unterbunden sowie der wachsende Einfluss Irans in Syrien durch neue permanente iranische Militärstützpunkte eingedämmt werden.

Russland hat vor dem türkischen Einmarsch in Syrien den russischen Stützpunkt in Afrin geräumt und Präsident Erdogan damit »grünes Licht« zur Invasion signalisiert. Aus Sicht Präsident Putins schwächt es die Nato, wenn zwei Partner wie die Türkei und die USA sich gegenseitig in Syrien bekämpfen.

Die kurdische Bevölkerung wird nicht zum ersten Mal in der Geschichte zwischen Großmachtinteressen zerrieben.



Cizre: Nach der Zerstörung ihres Hauses begibt sich diese Familie auf die Flucht.

Welche erfolgversprechenden Optionen haben Bundesregierung und EU, um die Türkei vor einer weiteren militärischen Eskalation in Nordsyrien abzubringen?

Nachdem die letzten deutschen Regierungen 354 Leopard-II-Panzer an die Türkei ohne Einsatzbeschränkungen ausgeliefert haben, sind die Einflussmöglichkeiten zur Verhinderung einer weiteren Eskalation begrenzt. Die Bundesregierung hat die gewünschte Zusatzpanzerung der deutschen Leopard-II-Panzer ausgesetzt und auch den Plan einer gemeinsamen deutsch-türkischen Panzerfabrik erstmalig auf Eis gelegt. Der Stopp jeglicher weiterer Rüstungsexporte sowie militärischer Zusammenarbeit ist das Gebot der Stunde. Imame, die auf Anweisung aus der Türkei in Deutschland Kriegssuren aus dem Koran verlesen lassen, sind auszuweisen.

Die Bundesregierung könnte gemeinsam mit der EU zwischen kurdischer und türkischer Seite vermitteln, Anreize zur Beendigung der Kämpfe anbieten und so einen Waffenstillstand herbeiführen helfen.

Was können Friedensbewegung und Zivilgesellschaft in Deutschland beitragen?

Da es in Deutschland sowohl große türkische als auch große kurdische Gemeinden gibt, könnten Friedensorganisationen oder auch Kirchengemeinden Dialog- und Vermittlungsversuche starten. Der Dialogkreis »Die Zeit ist reif für eine politische Lösung zwischen Türken und Kurden« mit Sitz in Köln publiziert nicht nur äußerst »Nützliche Nachrichten«, sondern trägt seit vielen Jahren zur Deeskalation im türkisch-kurdischen Verhältnis bei. Kriegsdienstverweigerern sowohl aus der Türkei als auch aus Syrien gilt es in Deutschland Schutz zu gewähren durch eine Stärkung der Arbeit von »Connection e. V.« in Offenbach. Informationsveranstaltungen – auch mit Bundestagsabgeordneten – könnten über die Hintergründe der völkerrechtswidrigen türkischen Invasion in Syrien informieren und Handlungsmöglichkeiten aufzeigen. Mit einem Türkei-Tourismusboykott würde das türkische Militär getroffen, das im Tourismussektor investiert hat. Mehrere Hundert Menschen haben seit Beginn der türkischen Invasion bereits ihr Leben verloren oder wurden verwundet. Viele der Geflohenen benötigen medizinische Versorgung und humanitäre Hilfe.

Das Interview mit Clemens Ronnefeldt, dem früheren Sprecher von pax christi Mainz, führte Thomas Meinhardt.



Diözesanverbände
Limburg und Mainz

Auf dem Weg zum Regionalverband

Am 1. September 2018 ist es so weit: pax christi in den Diözesen Limburg und Mainz gründet offiziell einen gemeinsamen pax christi-Regionalverband Rhein-Main. Am Freitag, dem 31. August beginnen wir mit einer öffentlichen Diskussionsveranstaltung im Haus am Dom in Frankfurt zur Frage, wie heute aktive Gewaltfreiheit konkret zu einem gerechten Frieden beitragen kann. Hierfür konnten wir mit der ehemaligen Pröpstin für Rhein-Main und »Friedenspfarrerin« der EKHN, Gabriele Scherle, der katholische Theologin und Bewegungsaktivistin, Jutta Lehnert, sowie dem Friedensreferenten des Versöhnungsbundes, Clemens Ronnefeldt, interessante Gesprächspartner aus Ökumene und Friedensbewegung gewinnen. Moderiert wird der Abend von der pax christi-Generalsekretärin Christine Hoffmann. Am Samstag Vormittag, den 1. September, findet die Gründungsversammlung als Mitgliederversammlung des neuen Regionalverbandes mit den Wahlen zum neuen Regionalvorstand, Beschlüssen zur Arbeit in den nächsten drei Jahren sowie Diskussion und Beschlussfassung eines »Frankfurter Appells« statt. Die Beschlussvorlage für diese Erklärung erhalten alle Mitglieder der beiden bisherigen Diözesanverbände mit der Einladung zur Gründungsveranstaltung zugesandt. Am Nachmittag des 1. Septembers findet von 14.00–15.30 Uhr – wie alle Teile der Gesamtveranstaltung im Haus am Dom – der Festakt zur Gründung des Regionalverbandes statt.

Um 16.00 Uhr sind dann alle herzlich zum ökumenischen Eröffnungsgottesdienst der Aktion Wanderfriedenskerze in den Frankfurter Dom eingeladen. Bitte reservieren Sie sich alle möglichst diesen Termin am 31. 8./1. 9. 2018 im Haus am Dom, damit wir gemeinsam und hoffnungsvoll diesen wichtigen Schritt für die christliche Friedensbewegung in unserer Region machen können.

Aktion Aufschrei

Staffellauf gegen Rüstungsexporte

»Frieden Geht!« – so lautet das Motto des bundesweiten Staffellaufs gegen Rüstungsexporte, der vom 21. Mai bis zum 2. Juni quer durch Deutschland führt. In 80 Etappen, aufgeteilt in Geh-, Lauf-, (Halb-)Marathon- und Fahrradstrecken, soll die Bevölkerung mit Kultur-events, Informationsveranstaltungen und Aktionen für ein Engagement gegen Waffenexporte gewonnen werden.

Am Freitag, dem 25. Mai, führt die Strecke von Mannheim kommend vorbei an Bensheim, Darmstadt, Neu-Isenburg und endet gegen 20 Uhr in Frankfurt an der Paulskirche. Am nächsten Tag, dem 26. Mai, geht es morgens um 7 Uhr in Frankfurt los und über Hanau, Langenselbold, Gelnhausen, Wächtersbach, Steinau an der Straße und Flieden bis nach Fulda. Die detaillierten Streckenverläufe sowie eine Anmeldung zur Teilnahme an den einzelnen Etappen ist über die Internetseite www.frieden-geht.de möglich.

Neben dem sportlichen Event steht jedoch die politische Botschaft im Mittelpunkt, die mithilfe vielfältiger und bunter Aktionen in die Öffentlichkeit und bis nach Berlin getragen werden soll: Kriegswaffen und Rüstungsgüter dürfen nicht exportiert werden!

Um dieses Ziel zu erreichen, finden auch in unserer Region zahlreiche Aktionen entlang der Staffellaufstrecke statt. Eine größere Kundgebung ist bereits in Neu-Isenburg geplant (Freitag, 17.30 Uhr vor der Hugenottenhalle). Von dort wird die letzte Tagesetappe nach Frankfurt gemeinsam als Demonstrationzug zurückgelegt. Den Abschluss für den 25. Mai bildet ab 19 Uhr in Frankfurt ein großes Kulturevent an der Paulskirche mit Musik, Theater und Redebeiträgen. Für Samstag, den 26. Mai, sind bereits in Hanau und Gelnhausen Kundgebungen geplant, und in Fulda erwartet die Staffel ein musikalisches Friedensfest.

Weitere Informationen unter: www.pax-christi.de und im pax christi-Büro in Bad Homburg

Gruppe Montabaur

Shoa-Gedenken mit über 100 Teilnehmenden

Seit 1996 wird jährlich am 27. Januar, dem Jahrestag der Befreiung des Vernichtung- und Konzentrationslagers Auschwitz, auch in Montabaur aller Opfer des Nationalsozialismus gedacht. Im Mittelpunkt der diesjährigen Shoa-Gedenkfeier im evangelischen Gemeindehaus der Pauluskirche in Montabaur stand der Vortrag von Schwester M. Christiane Humpert ADJC von den Dernbacher Schwestern zum Thema »Die Situation der Juden in Deutschland am Beispiel von Schwester Aloysia (Luise) Löwenfels ADJC und ihr Tod in Auschwitz«.

Luise Löwenfels musste 1936, im Alter von noch nicht 21 Jahren, Deutschland als Jüdin, die den Weg zum katholischen Glauben gefunden hatte, verlassen. In den Niederlanden fand sie in der dortigen Niederlassung der »Armen Dienstmägde Jesu Christi« Zuflucht.

»Nach anderthalb Jahren, im Herbst 1937 trat sie bei unseren niederländischen Mitschwestern in unsere Gemeinschaft ein und wurde Ordensfrau.« Nach der deutschen Besetzung der Niederlande wurde sie 1942 als Jüdin und Christin nach Auschwitz deportiert und dort am 9. August mit 27 Jahren zusammen mit Edith Stein und anderen Ordensfrauen ermordet.

Wie schon seit Jahren wurde das Shoa-Gedenken in Montabaur auch in diesem Jahr von der evangelischen und der katholischen Gemeinde gemeinsam mit der pax christi-Gruppe Montabaur gestaltet.

Ein ausführlicherer Artikel findet sich unter www.pax-christi.de

Aktion Wanderfriedenskerze

Rüstung tötet – Gebet für die Opfer

Die Jahresaktion 2018 nimmt die Opfer der deutschen Rüstungsindustrie in den Blick. Menschen sterben und werden verletzt, für ein Leben lang zu Krüppeln gemacht, weil in Deutschland Waffen und Munition produziert und exportiert werden. Dabei sind die Umsätze im Vergleich zu anderen Wirtschaftssektoren eher gering. Aber die Macht, über Rüstungsexporte bestimmen zu können, ist ein menschenverachtendes außenpolitisches Instrument unserer und zahlreicher anderer Regierungen. Die mangelnde Bereitschaft in Europa und erst recht auf internationaler Ebene diese »Geschäfte mit dem Tod« massiv einzuschränken, schafft Tag für Tag neue Opfer. Diese Mitschuld am Tod vieler Menschen zu benennen und für die Opfer zu beten ist in diesem Jahr das zentrale Anliegen der Ökumenischen Aktion Wanderfriedenskerze. Die Aktion beginnt wieder am 1. September im Frankfurter Dom mit einem Aussendungsgottesdienst der acht Wanderfriedenskerzen. Anschließend können die Kerzen bis zum Buß- und Betttag im November für Gottesdienste, Gebete und Aktionen in Ihren Gemeinden eingesetzt werden.

Kerzenbuchungen können ab sofort im pax christi-Büro in Bad Homburg (siehe S.8) reserviert werden.



Wechsel auf der Friedensarbeitsstelle



Johanna Rogge, unsere neue Friedensarbeiterin, hat sich aus familiären Gründen entschieden, ihre Stelle in Bad Homburg nach nur fünf Monaten zum 30. April wieder aufzugeben und nach Berlin zu ziehen. Die Vorstände des Diözesanverbandes und des pax christi-Fördervereins bedauern dies sehr, da wir in der kurzen Zeit der Zusammenarbeit Johanna Rogge als sehr kompetente und zugewandte Person kennengelernt und gerne mit ihr weitergearbeitet hätten. Andererseits verstehen wir ihre Gründe gut und wünschen ihr alles Gute für die Zukunft.

Anfang April finden nun wieder Bewerbungsgespräche für die Friedensarbeitsstelle statt, und wir hoffen, Ihnen in der nächsten Ausgabe eine/n neue/n Friedensfachkraft vorstellen zu können.

Treffen mit Bischof Kohlgraf

Am 18. Januar war der pax christi-Diözesanvorstand Mainz, begleitet von Peter Hofacker und Birgit Wehner vom Diözesanvorstand Limburg, zu einem ersten Gespräch bei Bischof Peter Kohlgraf eingeladen. In der etwa einstündigen konzentrierten Unterredung zeigte sich Bischof Kohlgraf sehr interessiert an unserer Arbeit und den vielseitigen Vernetzungen mit anderen kirchlichen und politischen Organisationen. Ebenso war die Wertschätzung der Arbeit von Alois Bauer spürbar, der im Referat Weltmission/Gerechtigkeit und Frieden im Bistum Mainz seit vielen Jahren auch eine Beauftragung für pax christi wahrnimmt. So stimmt dieses erste Treffen den pax christi-Vorstand sehr zuversichtlich im Hinblick auf die weitere Zusammenarbeit.

Wichtige Vorhaben in Kürze

Ostermarsch in Frankfurt: pax christi-Treffpunkt ist am **Ostermontag, dem 2. April, um 10.30 Uhr am Bahnhof in Frankfurt-Rödelheim**. Wir wollen von dort gemeinsam zur Kundgebung auf den Römerberg (13.00 Uhr) gehen und auf dem Weg insbesondere gegen deutsche Waffenexporte demonstrieren. Um dies sichtbar zu machen, werden wir pax christi-Fahnen, Transparente gegen Waffenhandel, Holzschilder mit der Aufschrift »Stopp den Leo« und Luftballons der »Aktion Aufschrei« mit uns führen. Es wäre sehr schön, wenn möglichst viele pax christi-Mitglieder und SympathisantInnen nach Rödelheim kommen, um auf dem Frankfurter Ostermarsch ein eindrückliches Zeichen gegen Rüstungsexporte und für zivile, gewaltfreie Konfliktlösungen zu geben. (Nähere Informationen auf dem beiliegenden Informationsblatt und im pax christi-Büro in Bad Homburg)

pax christi-Regionaltag in Limburg: Am **Sonntag, dem 3. Juni, von 14.00 bis 20.00 Uhr** laden wir zum nächsten pax christi-Regionaltag ins Kolpinghaus in Limburg ein. Im Mittelpunkt stehen Impulsvortrag und Diskussion mit Prof. Alexander Lohner, theologischer Grundsatzreferent von misereor, zum Thema **»Klimagerechtigkeit und Friedenspolitik«**. Darüber hinaus feiern wir einen Gottesdienst mit unserem Geistlichen Beirat, Pfr. Peter

Hofacker, und haben Gelegenheit miteinander ins Gespräch zu kommen. Für Kaffee und Kuchen und einen kleinen Imbiss ist gesorgt. Zu diesem pax christi-Regionaltag sind alle Mitglieder und SympathisantInnen von pax christi willkommen. Besonders ansprechen möchten wir alle diejenigen pax christi-Menschen, die in der Region zwischen Westerwald, Rhein-Lahn, Wetzlar und Idstein leben. Um planen zu können, wäre es schön, wenn sich InteressentInnen möglichst bis zum 28. Mai im pax christi-Büro in Bad Homburg anmelden würden. Eine gesonderte Einladung folgt im Laufe des April.

Busfahrt zum Atomwaffenstützpunkt in Büchel/Eifel am 7. Juli: Gemeinsam mit dem Zentrum Ökumene der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau bieten die pax christi-Diözesanverbände Limburg und Mainz eine gemeinsame Busfahrt zu den Protesten gegen die Lagerung von Atomwaffen in Büchel an. Ob wir mit einem oder mehreren Bussen fahren und welche Haltepunkte angefahren werden, hängt wesentlich von den Angemeldeten ab. Wer also Interesse an dieser gemeinsamen Busfahrt hat, sollte sich deshalb schon vorab im pax christi-Büro in Bad Homburg melden. In den nächsten Wochen ergeht nochmals eine Einladung an alle Mitglieder.





Termine

Weitere Informationen zu diesen und anderen Terminen
▶ www.pax-christi.de unter dem Menüpunkt »Kalender«



April 2018

2. 4., 10.30 Uhr, Frankfurt

Ostermarsch: »Abrüsten statt aufrüsten!«
Der pax christi-Treffpunkt ist um 10.30 Uhr an der S-Bahn-Station Frankfurt-Rödelheim.

10. 4., 19.00 Uhr, Idstein

Mitgliederversammlung des Fördervereins von pax christi Limburg im Gemeindehaus von St. Martin, Wiesbadener Straße 21.

20. 4., 16.00 Uhr, Mainz

Ziviler Friedensdienst: Große Erwartungen – kleine Erfolge? Ort: Landeszentrale für politische Bildung, Am Kronberger Hof 6, 55116 Mainz.

23. 4., 18.00 Uhr, Frankfurt

Planungstreffen zum Staffellauf gegen Rüstungsexport. Ort: Gemeindezentrum Maria Hilf, Rebstöcker Straße 70 in Frankfurt.

25. 4., 17.30 Uhr, Idstein

Friedensgottesdienst mit pax christi im Gemeindefaßaal von St. Martin, Wiesbadener Straße 21, 65510 Idstein.

27. 4.–1. 5.: Friedenswanderwege im Diemeltal

Motto: »Mit dem Anderen leben lernen«. Auskunft und Anmeldung: Horst Biermeier, Tel. 0 64 34 90 42 46, horst.biermeier@arcor.de

Mai 2018

18.–21. 5.: Friedensradwege von Kassel nach Fulda

Motto: »Frieden geht anders«. Auskunft und Anmeldung: Winfried Liebetanz, Tel. 0 61 96 4 13 88, winfried.liebetanz@online.de

24. 5., 19.30 Uhr, Idstein

Eine Welt ohne Atomwaffen ermöglichen? Informationsabend mit Heidi Kassai von der Internationalen Anti-Atomwaffen-Kampagne ICAN. Ort: Evangelisches Gemeindehaus, Albert-Schweitzer-Straße 4 in Idstein.

25. 5., 19.00–21.00 Uhr, Frankfurt

»Frieden geht!« **Staffellauf gegen Rüstungsexporte:** Kulturveranstaltung und Kundgebung an der Paulskirche zum Abschluss der Tagesetappe. Veranstaltungen und Aktionen rund um den Staffellauf finden in unserer Region entlang der Strecke von Bensheim (25. 5.) bis Fulda (26. 5.) statt.

27. 5., 17.30 Uhr, Idstein

Friedensgottesdienst mit pax christi im Gemeindefaßaal von St. Martin, Wiesbadener Straße 21, 65510 Idstein.

Juni 2018

3. 6., 14.00–20.00 Uhr, Limburg

pax christi-Regionaltag zum Thema »Was hat Klimagerechtigkeit mit Friedenspolitik zu tun?« mit Prof. Alexander Lohner, miseror. Ort: Kolpinghaus, Kolpingstraße 9 in Limburg. Weitere Informationen auf Seite 6 und im pax christi-Büro in Bad Homburg.

11. 6., 18.00 Uhr, Mainz

pax christi-Mitgliederversammlung des Diözesanverbandes Mainz mit Verabschiedung der nicht mehr für den Vorstand des neuen Regionalverbandes Rhein-Main kandidierenden Vorstandsmitglieder.

15. 6., 16.00 Uhr, Mainz

Vortrag von Esther Binne, Projektkoordinatorin bei der Kurve Wustrow, und David Scheuing, Projektkoordinator beim Bund für Soziale Verteidigung, zum Thema »**Zivile Konfliktbearbeitung in Mazedonien**«. Ort: Landeszentrale für politische Bildung, Am Kronberger Hof 6, 55116 Mainz.

24. 6., 15.00 Uhr, Idstein

pax christi-Mitgliederversammlung des Diözesanverbandes Limburg mit Verabschiedung der nicht mehr für den Vorstand des neuen Regionalverbandes Rhein-Main kandidierenden Vorstandsmitglieder. Ort: Gemeindefaßaal St. Martin, Wiesbadener Straße 21, 65510 Idstein.

24. 6., 17.30 Uhr, Idstein

Friedensgottesdienst mit pax christi im Gemeindefaßaal von St. Martin, Wiesbadener Straße 21, 65510 Idstein.

Juli 2018

7. 7., 8.00–20.00 Uhr, Büchel

Gemeinsame Busfahrt von pax christi Rhein-Main und dem Zentrum Ökumene der EKHN zu Kundgebung und Protestaktionen vor dem **Atomwaffenstützpunkt Büchel** in der Eifel.

Impressum und Kontakt

Herausgeberin

pax christi-Diözesanverband Limburg
(s. Geschäftsstelle)

Bankverbindung

Pax Bank Berlin
IBAN: DE44 3706 0193 6031 1140 10
BIC: GENODE33PAX

Gesamtherstellung

meinhart Verlag und Agentur
E-Mail: t.meinhardt@meinhardt.info
www.meinhardt.info

Redaktion

Bernd Epe, Rüdiger Grölz, Lutz Lemhöfer,
Ilse Liebetanz, Kerstin und Thomas
Meinhardt, Birgit Wehner

Redaktionsanschrift

Kerstin Meinhardt, Magdeburgstraße 11,
65510 Idstein, Tel.: 06126 9 53 63-0
k.meinhardt@meinhardt.info

Wichtige Adressen

Geschäftsstellen

pax christi-Büro des Diözesanverbandes Limburg
Johanna Rogge, Friedensarbeiterin
Dorotheenstraße 11, 61348 Bad Homburg
Tel.: 0 61 72 92 86 79, Mobil: 01 77 2 80 48 78
friedensarbeiterin@pax-christi.de

pax christi-Büro des Diözesanverbandes Mainz
Alois Bauer, Friedensarbeiter
Bischofsplatz 2, 55116 Mainz
Tel.: 0 61 31 25 32 63,
alois.bauer@bistum-mainz.de

pax christi-Gruppen und Projektgruppen

Eschborn | Ilse Liebetanz,
Tel.: 0 61 96 4 13 88, iwLiebetanz@online.de

Frankfurt | Margret Koschel,
Tel.: 0 61 71 719 76, margretkoschel@web.de

Idstein | Ute Schäfer,
Tel.: 0 61 26 5 74 22, ute.schaef@gmx.de

Lahnstein | Pater Wolfgang Jungheim,
Tel.: 0 26 19 12 63 23, wolfgang.jungheim@sscc.de

Montabaur | Claudia Kobold,
Tel.: 0 26 02 1 77 19, claudia.kobold@gmx.de

Worms | Françoise und Wolfgang Kollig,
Tel.: 0 62 41 7 63 88, PaxChristi.Worms@gmx.de

Rheinessen | Gabriele und Knut Behrens,
Tel.: 0 67 36 90 05 20, BR-Ackerbau@t-online.de

Offenbach | Barbara Hoffmann-Neeb,
Tel.: 0 69 86 87 91, b.hoffmann-neebe@t-online.de

Ingelheim | Susanne und Bernd Margraf-Epe,
Tel.: 0 61 32 4 05 86, margraf-epe@t-online.de

Bergstraße | Bartho Forchner-Thöne,
Tel.: 0 62 51 6 58 71, Bartho.Forchner-Thoene@gmx.de

Gottesdienstvorbereitung | Ute Schäfer
(s. oben, Gruppe Idstein)

Aktion Aufschrei Rhein-Main | Johanna Rogge
(s. Geschäftsstelle)

Förderverein | Martin Weichlein,
Tel.: 0 61 26 5 54 00, weichlein.idstein@t-online.de